Historikertag 2016: Zeitgeschichte
von Marcus Böick, Marcel Schmeer

Besprochene Sektionen:

Glaubensfragen im Holocaust: Ergebnisse neuerer Forschungen

Ideologie und Religion im geteilten Deutschland und Europa nach 1945

Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne

Nürnberg, 70 Jahre danach. Oder: Der Glaube an das Völkerrecht

Gefühltes Wissen? Konstruktion von Realität in Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall

Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er Jahren

Die hinter vorgehaltener Hand geäußerte Klage war auf den Fluren der Hamburger Universität zu hören: „Glaubensfragen“ – offenkundig war dies ein Oberthema, das gerade in der Zeitgeschichte nur randständige Beachtung findet, zumindest, wenn man den Begriff auf die Sphäre des religiös-konfessionellen Glaubens im 20. Jahrhundert verengt. Doch andererseits: Waren im „Zeitalter der Extreme“ und seinen großen, konkurrierenden Ideologien nicht andere Gedankengebäude und Identifikationsangebote prägender als die althergebrachten Religionen? Viel mehr noch: Zunächst gingen übersteigter Nationalismus und Faschismus in Europa in zwei Weltkriegen und Völkermord zugrunde bzw. wurden zu Fall gebracht. Und auch der Sowjet-Kommunismus hatte in seiner „Realexistenz“ mit langfristiger ideeller Auszehrung zu kämpfen. Zugleich konnte sich in der westlich-transatlantischen Welt nach 1945 eine einmalige Liaison zwischen marktorientiertem Kapitalismus und liberaler Demokratie etablieren, die ideelle Sinnstiftungen und materielle Vorzüge mitein-

ander verknüpfte. Wirtschaftliche und politische Ordnungssysteme, technologische Errungenschaften und expansive Konsumangebote stifteten für fast drei Jahrzehnte einen neuerlichen Materialismus und extensiven Fortschrittsglauben, der erst im Laufe der 1970er-Jahre in eine grundsätzliche (Struktur-)Krise geriet. Ein alternativer Post-Materialismus und der Glaube an neue Formen der Subjektivität bzw. der individuellen Selbst-Verwirklichung prägten fortan das Zeitklima. Allein diese groben Federstriche zeigen: „Glaubensfragen“ im weiten Sinne wurden auch im 20. Jahrhundert umfassend und allortens gesellschaftlich verhandelt – und dies sogar in einem derart extremen Ausmaß, einer vehementen Gleichzeitigkeit und einer verwirrenden Vielfalt, die eine generelle Orientierung in der historischen Rückschau erheblich erschweren. Bleibt also die Frage: Wie hat die zeithistorische Community dieses Diskussionsangebot konkret aufgegriffen? Dieser Bericht will anhand von Eindrücken aus verschiedenen Sektionen den Trends im Bereich der Zeitgeschichte nachgehen, die unterschiedliche Forschungs- und Debattenfelder berühren, wobei jedoch nicht immer alle Beiträge berücksichtigt werden konnten.

Die von FRANK BAJOHR (München/Hamburg) und ANDREA LÖW (München) geleitete Sektion „Glaubensfragen im Holocaust: Ergebnisse neuerer Forschungen“ berührte ein hochsensibles und bislang kaum gewürdigtes Themenfeld – die Rolle von theologischen Reflexionen bzw. religiösen Praktiken im Vorfeld bzw. im Kontext des Holocaust. Dabei rückten die einzelnen Teilnehmer unterschiedliche Akteure bzw. Subjekte in den Mittelpunkt: Seien es die frühen „Erlösungsantisemiten“, deren „pseudo-christologisches“ Verschwörungsgewebe SUSANNE HOHLE (Heidelberg) analysierte oder die „Kriegspfarrer“ der Wehrmacht im „Vernichtungskrieg“, deren ambivalente Rolle zwischen scharfem „Anti-Bolschewismus“ und Re-Christianisierungshoffnungen DAGMAR PÖPPING (München) zum Thema machte. BEATE MEYER (Hamburg) wandte sich anhand von fünf biographischen Fallstudien von NS-Verfolgten schließlich den verschiedenen Handlungsspielräumen mit Blick auf religiöse Praktiken

mit besonderem Blick auf Tauf- oder Konversionsvorgänge zu. Beeindruckend ging schließlich CARLOS HAAS (München/Washington) der ideellen Rolle der Religion als individueller (Um-)Deutungsressource im Kontext des „extremen Alltags“ des Holocaust nach. Alle Beiträge konnten dabei, gerade in ihrer akteursbezogenen Perspektive, die Potenziale herausarbeiten, die eine intensive Analyse religiöser Deutungen und Praktiken in ihren verschiedenen Facetten zur künftigen Holocaustforschung beitragen könnte.

Unter dem Titel „Ideologie und Religion im geteilten Deutschland und Europa nach 1945“ griff die von SEBASTIAN GEHRIG (Oxford) und NED RICHARDSON-LITTLE (Exeter) geleitete Sektion das komplizierte Verhältnis von christlicher Religion, politischen Großideologien und den aufkommenden Menschenrechtsdiskursen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf. Die Beiträge der Sektionen diskutierten die unterschiedlichen, langen und verwinkelten „Wege“: KATHARINA KUNTER (Göttingen) entfaltete ihren Beitrag im Rahmen einer zugespitzten Dichotomie. Demnach habe die Rolle der Menschenrechte für die großen Kirchen zwischen ideellem „Säkularisierungskitt“ und politischer „Antikriegswaffe“ oszilliert. Ob der Bezug auf „die“ Menschenrechte als ein rhetorisches „Instrument“ im (Deutungs-)Wettstreit zwischen Kommunismus und Liberalismus in den internationalen Arenen zu verstehen sei, diskutierte Sebastian Gehrig. Letztlich durchzog eine auffällige Grundspannung sämtliche Beiträge: Während sich für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine (Erfolgs-)Geschichte einer weitgehenden normativen Etablierung „liberaler“ Menschenrechte erzählen ließe, gerieten demgegenüber jedoch die „sozialen“ Menschenrechte zunehmend aus dem Blick wesentlicher Akteure aus Politik und Gesellschaft – was sicher selbst als eine Folge der Systemkonkurrenzen und deren abrupten Ende nach 1989/91 zu verstehen ist.

Auffallend weitgespannt durch das späte 19. und das 20. Jahrhundert zog sich die von YVONNE ROBEL (Hamburg) und MALTE THIESSEN (Oldenburg) veranstaltete Sektion „Die gesunde Gesell-

schaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne“ und versprach mit ihrer Thematisierung sozialer Situationen im Modus pathologischer Diagnosen innovative Perspektivsetzungen. JENS GRÜNDLER (Stuttgart) untersuchte „Pathologisierungskonflikte“ in britischen Experten- und Behördendiskursen um 1900 und konnte dabei deren Dynamik und Strahlkraft nachweisen. Als „pathologisierende Inklusion“ klassifizierte BRITTA-MARIE SCHENK (Kiel) den Umgang kommunaler Honoratioren mit Wohnungslosigkeit im späten 19. Jahrhundert. Sie konnte dabei zeigen, wie diese Auseinandersetzung für das Stadtbürgertum sowohl als Ressource zur Statusabgrenzung nach unten als auch nach außen zur Eindämmung der Expansion des frühen Sozialstaates diene. Yvonne Robel untersuchte die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführten Wissenschafts-Debatten über „Faulheit“ bzw. „Nichtstun“, die sich als pluraler Deutungs- und Zuständigkeitsstreit unter Experten über verschiedene Disziplinierungsstrategien präsentierte. Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts skizzierte CHRISTOPH LORKE (Münster) diverse Pathologisierungsdispositive mit Blick auf soziale Randlagen in Bundesrepublik und DDR, wobei systembedingt konkurrierende Ursachenbeschreibungen und Lösungsangebote diskutiert wurden. Die Diskutanten habe jedoch der prinzipielle Glaube an eine (Um-)Gestaltbarkeit sozialer Pathologie geeint. Das auch eingangs von den Ausrichtern beschriebene Spannungsfeld zwischen Gesundheitskonzepten und Gesellschaftsordnungen erwies sich damit als fruchtbar. Letztlich blieb jedoch die Frage offen, inwiefern die untersuchten Sozialpathologisierungen selbst als nur entliehene Semantiken zur gesellschaftlichen Krisenbeschreibung oder als auch „geglaubte“ Sozialdiagnose zu bewerten sind?

Anlässlich des runden Jubiläums der Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher am 1. Oktober 1946 lehnte sich auch der Titel der von NORBERT FREI (Jena) organisierten Sektion „Nürnberg, 70 Jahre danach. Oder: Der Glaube an das Völkerrecht“ an das Rahmenthema an. Wie Frei betonte, sollte es dar-

um gehen, das als „juristisch-historische Ikone“ entrückte „Nürnberg“ aus aktorszentrierter Perspektive erneut zu thematisieren, ohne dabei allerdings den teleologischen Narrativen und retrospektiven (Selbst-)Idealisierungen aufzusitzen. KIM CHRISTIAN PRIEMEL (Oslo) präsentierte eine kollektivbiographisch erarbeitete Phänotypologie der an dem Prozess beteiligten Juristen und vermochte dergestalt ihre oft widerstreitenden Motivlagen, juristisch-disziplinären Hintergründe und rechtsphilosophischen Auffassungen zu rekonstruieren. In eine ähnliche Kerbe schlug DANIEL STAHL (Jena), dessen Beitrag sich den Entstehungs- und Erfolgsbedingungen des biographischen Narratives des letzten noch lebenden Chefanklägers des Nürnberger Einsatzgruppen-Prozesses, Benjamin Ferencz, widmete. Dieser gelte bis heute als eine Symbolfigur im Sinne einer teleologischen Erfolgsgeschichte „von Nürnberg nach Den Haag“. Mit den „émigré lawyers“ rückte ANNETTE WEINKE (Jena) aus lebens- und erfahrungsgeschichtlicher Perspektive eine weitere, lange als homogen wahrgenommene Akteursgruppe in den Mittelpunkt. Deren gemeinsame Verfolgungs-, Flucht- und Exilerfahrungen gepaart mit einer dezidiert deutschsprachig-akademischen Sozialisation habe ihre bisweilen auch ambivalente Auseinandersetzung mit dem Völkerstrafrecht geprägt. Insgesamt schärfte die Sektion das Bewusstsein dafür, dass der „Glaube an das Völkerrecht“ zeitgenössisch keineswegs einen Absolutheitsanspruch erheben konnte und vielmehr Fragen nach den Auseinandersetzungen um die internationale Rechtsprechung auch 70 Jahre danach fruchtbare Ergebnisse zutage fördern.

Die von FRANK BÖSCH (Potsdam) geleitete Sektion unter dem Titel „Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er Jahren“ spürte einem in der Zeitgeschichtsforschung gerade aufkommenden Sujet nach. Bösch plädierte dafür, in Kontrast zu technik-, medien- und diskursgeschichtlichen sowie nationalstaatlich orientierten Forschungsansätzen die Sozial-, Alltags- und transnationale Verflechtungsgeschichte des Übergangs in die „Computergesellschaft“ in den Blick zu nehmen. RÜDIGER BERGIEN (Pots-

dam) beleuchtete den Zusammenhang zwischen Computereinführung und Organisationswandel in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik und der DDR zwischen 1960 und 1989. Deren Computerisierung sei dezentral vollzogen worden. Die neue Technologie brachte dabei nicht nur eine Beschleunigung der Informationsverarbeitung mit sich; fundamental wandelten sich durch sie auch interne Kommunikationsstrukturen und Wissensordnungen. Den Glauben an die (Ordnungs-)Macht des Computers rückte LAWRENCE FROHMAN (New York) ins Zentrum seiner Ausführungen. Ihm zufolge seien der deutsche Staat bzw. seine politischen Akteure im 20. Jahrhundert von der Idee beseelt gewesen, die eigene Gesellschaft „lesbar“ zu machen, wie Frohman am Beispiel des Einwohnermeldewesens aufzeigte. JULIA ERDOGAN (Potsdam) beleuchtete die Rolle der Hackerszene in den Auseinandersetzungen um den Datenschutz seit Beginn der 1980er-Jahre. Als zivilgesellschaftliche Gegenexperten in den Datenschutzdebatten hätten diese eine wichtige Kontrollfunktion eingenommen. Wenngleich die Analysen der Auswirkungen der Computerisierung auf Lebens- und Arbeitswelt noch in den Anfängen stecken, verdeutlichte die Sektion das Potential weiterer Forschung in diesem Bereich. Gleichmaßen drängen sich Fragen nach den religiösen Implikationen der „digitalen Revolution“ zwischen optimistischer Technikgläubigkeit, kultischem Cyber-Spiritualismus und dessen sorgenvoller Ablehnung auf.

Aus kulturhistorischer Perspektive näherte sich die von JENS GIESEKE (Potsdam) betreute Sektion „Gefühltes Wissen? – Konstruktion von Realität in deutschen Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall“ der zuletzt boomenden Intelligence History. Gefragt wurde dabei nach den organisations-, zeit- und systemabhängigen Konstruktionsbedingungen von Feindbildern und Bedrohungswahrnehmungen, den Spezifika des Kalten Krieges sowie dem jeweiligen Wandel im Zeitverlauf. GERHARD SÄLTER (Marburg) stellte die Organisation Gehlen und ihre Jagd auf die Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ in den Mittelpunkt seines Vortrags. Im Glauben an alte Gestapo-Feindkategorien hätten die BND-Mitarbeiter in

sektenähnlicher Verbohrtheit jahrelang diesem Phantom nachgespürt. Jens Gieseke beleuchtete dagegen die geringen Einflussmöglichkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse der SED-Diktatur am Beispiel der Beobachtung der westdeutschen Grünen. KLAUS WEINHAUER (Bielefeld) bettete seinen Vortrag in eine Sozial- und Kulturgeschichte der „Inneren Sicherheit“ ein und machte die Bedrohungsvorstellungen der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in den 1970er- und 1980er-Jahren zum Thema. Traditionell sei in diesem Kontext die Gefahr von links deutlich größer eingeschätzt worden als von rechts. Die Sektion sensibilisierte dafür, den Glauben an „gefühltes Wissen“ und die eigentümliche Persistenz solcher Denkmuster und Wahrnehmungsordnungen für die zeithistorische Beschäftigung mit Sicherheitsbehörden sowie deren Feind- und Bedrohungskonstruktionen stärker zu berücksichtigen als bisher.

Woran sollen „wir“ also glauben? Die verschiedenen zeithistorischen Reflexionsangebote zum Rahmenthema haben sich im Einzelfall als durchaus produktiv erwiesen. Der individuelle oder kollektive Glaube an zivilisatorische Fortschritte durch neue Technologien, Ideen oder Institutionen gehört dabei ebenso ins zeithistorische Fach wie der oftmals erschütterte (auch religiöse) Glaube im Kontext zivilisatorischer Rückschritte und Brüche, extremer Gewalt sowie weiterer Krisen, Kriege und Bedrohungen. Man mag dabei einige Themen vermisst haben wie etwa den Glauben an Staat und Nation, den Glauben im bzw. an den Sozialismus oder eingehende Auseinandersetzungen mit der Geschichte des Atheismus im 20. Jahrhundert. Insgesamt birgt diese Perspektive jedoch erhebliches Potenzial: Ungläubige Ent- und gläubige Verzauberungen können nicht nur im Weber'schen Sinne als Signum der klassischen Moderne, sondern gerade auch der (Post-) Post-Moderne gedeutet und analysiert werden. Insbesondere unter dem dramatischen Eindruck jüngster Erschütterungen im Glauben an die Legitimität und Stabilität bestehender politischer, ökonomischer, kultureller oder gesellschaftlicher Ordnungen sowie deren jeweili-

ger Fähigkeit zur Lösung global dimensionierter Finanz-, Flüchtlings- oder Klimakrisen sieht sich auch die zeithistorische Community abermals zur kritischen Reflexion ihrer Grundlagen und Perspektiven herausgefordert. Als besonders virulent erweist sich dabei auch die drängende Rückfrage an die glaubensstiftende Kraft der Zeithistoriographie selbst: Die restlos überfüllten Podiumsdiskussionen zu Hitler, zum Populismus oder zur boomenden Auftragsforschung haben dieses Bedürfnis nach zeithistorischen Erklärungs-, Sinnstiftungs- und Orientierungsangeboten in Hamburg überdeutlich werden lassen.